

**FOR****family office report***Gespräche, Hintergründe und Fakten***OKTOBER/NOVEMBER 2018****Nr. 6****Ist Wirtschaft etwas Schmuddeliges?**

Seite 2

*Ich hatte vor etwa 15 Jahren ein Schlüsselerebnis, als eine meiner Töchter aus dem ersten Wirtschaftsunterricht, den es ja in Bayern gibt, nach Hause kam. Sie fragte mich, was ich den so Unseriöses da mache, da ich mit Finanzen zu tun habe. Auf Nachfrage erklärte sie mir, dass ihr Lehrer ihr heute lange und ausführlich erläutert hat, dass nur Staatsanleihen und Festgeld anlageseitig seriös sind und alles andere Betrug.*

Seite 3

**Politikergehälter: So viel verdienen Staats- und Regierungschefs im Vergleich zur Bevölkerung**

*Wer verdient am meisten Geld in der Welt?*

Seite 4

**31. FERI Tagung mit ausführlichen Vorträgen und Prognosen zur Konjunktur in der Welt, Europaraum und Deutschland**

Seite 6

**Risikoprofilung mit Anlegern – Der Blick auf den Kapitalmarkt durch die Brille des Kunden**



## Ist Wirtschaft etwas Schmutzliches?

*Warum eines unserer Fundamente die gesellschaftliche Anerkennung fehlt*



Ich hatte vor etwa 15 Jahren ein Schlüsselerlebnis, als eine meiner Töchter aus dem ersten Wirtschaftsunterricht, den es ja in Bayern gibt, nach Hause kam. Sie fragte mich, was ich den so Unseriöses da mache, da ich mit Finanzen zu tun habe. Auf Nachfrage erklärte sie mir, dass ihr Lehrer ihr heute lange und ausführlich erläutert hat, dass nur Staatsanleihen und Festgeld anlageseitig seriös sind und alles andere Betrug.

Meine zweite Tochter kehrte vor Kurzem aus einer Diskussionsrunde mit Lehramtsstudenten und Politikwissenschaftsstudenten zurück und schilderte von einer geplanten „Steuerstudentenrevolution“ gegen alle Selbstständigen und Erben, deren Steuerlast verdoppelt oder verdreifacht werden sollte und bei denen die Erbschaftsteuer sogar auf 100 Prozent angehoben werden sollte.

Aus welchen Steuern von Aktiengesellschaften und selbstständigen Handwerkern diese Studenten ihr BAföG und diese Lehrer ihr Gehalt bekommen, scheint egal. Sie halten es mit dem französischen Ex-Präsidenten Hollande, der einmal so schön sagte: „Das kostet nichts, das bezahlt der Staat!“

Damals hatte ich mich entschlossen, etwas für die wirtschaftliche Bildung zu tun und habe die Stiftung Finanzbildung gegründet. Jährlich geben wir nun Praktikanten die Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen der Wirtschaft zu werfen. Einmal jährlich führen wir den Wettbewerb „Jugend wirtschaftet!“ durch, wo wirtschaftsorientierte Facharbeiten aus der Oberstufe prämiert werden. Und für 2019 ist ein „Deutscher Finanzbildungstag“ sowie ein „economissimus campus“ erstmals geplant, denn Wirtschaft braucht Debatte.

Aber die Diskussion ist scheinbar nicht nur in den Schulen zu führen. Unser Schwestermagazin „BeteiligungsReport“ ist im November mit dem Titel „Friedrich Merz - Wird er es schaffen?“ erschienen. Einige aus der Internetgemeinde fühlten sich scheinbar dadurch provoziert, dass ein Wirtschaftsmagazin es gut finden würde, einen Wirtschaftsliberalen als CDU-Vorsitzenden zu sehen.

Der verkürzte Hauptvorwurf: Als Aufsichtsratsvorsitzender des deutschen BlackRock-Ablegers ist er schuldig im Sinne der Anklage am Cum-Ex-Skandal und gilt als Steuerhinterzieher. What? Um es vorab zu betonen:

Steuerbetrug finde ich verwerflich, legale Steuervermeidung ist das gute Recht jedes Bürgers. Um auf den Vorwurf einzugehen: Friedrich Merz in die Schublade von Steuerbetrügern zu stecken, kann ich nicht nachvollziehen und finde es sogar verwerflich. Aber so funktioniert das System. Ich oute mich als sozial denkender Neoliberaler, und da wäre nach meinem heutigen Kenntnisstand die Person Merz kein schlechter Kandidat.

Wirtschaft ist nicht ein Übel, sondern die Basis unserer Gesellschaft. Und zum Wirtschaften gehören auch Risiken dazu. Um es an einem Beispiel festzumachen: Nach der deutschen Einheit war es Aufgabe der Treuhandanstalt, die ostdeutsche Wirtschaft zu privatisieren. Bis heute gilt die Treuhand als Kapitalismuskrake, die die ostdeutschen Betriebe verramscht und Arbeitsplätze vernichtet hat. Sicher sind Fehler gemacht worden.

Die Hauptentscheidung zum Untergang der ostdeutschen Betriebe trafen aber die Bürger selbst. Denn diese wollten nur noch Westwaren kaufen. Es funktioniert halt nicht, selbst lieber Golf statt Trabi fahren zu wollen, aber den Arbeitsplatz im Trabi-Produktionswerk behalten zu wollen. So funktioniert Wirtschaft nicht.

Und die Lehrer aus dem Anfang dieses Beitrags können nur solche Kommentare von sich geben, weil unser freiheitlicher Staat auf fundierten wirtschaftlichen Füßen steht. In Deutschland gibt es rund 3,5 Millionen Firmen, 90 Prozent sind in Familienhand, wie der Stern Nr. 46 / 2018 schreibt. Und nur 650 dieser Firmen sind börsennotiert. Das ist die vergessene Wahrheit der Umverteilungsbeiwörter. Paul Kirchhof hat es in seinem neuen Buch „Beherzte Freiheit“ auf den Punkt gebracht, wenn er den Deutschen eine Freiheitssättigung attestiert. ■

## Politikergehälter: So viel verdienen Staats- und Regierungschefs im Vergleich zur Bevölkerung

- *Adzuna vergleicht die Jahresgehälter von 45 internationalen Staats- und Regierungschefs mit den Durchschnittseinkommen der Bevölkerungen*
- *Südafrikas Präsident verdient das 19-Fache seiner Bevölkerung*
- *Die deutsche Bundeskanzlerin verdient siebenmal mehr als der Durchschnittsdeutsche*
- *Das höchste Einkommen erhält Singapurs Lee Hsien Loong mit 1,38 Millionen Euro*

Als Vertreter einer ganzen Nation verdienen die Staats- und Regierungschefs der Welt in der Regel mehr als der Otto Normalverbraucher. Im internationalen Vergleich ist das Jahresgehalt der Repräsentanten durchschnittlich sechsmal höher als das der Einwohner. Das geht aus einer Analyse der Jobsuchmaschine Adzuna hervor, welche die Jahresgehälter von Vertretern aus 45 Nationen mit dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung verglichen hat.



Angela Merkel, © Wikimedia

### Deutschland auf Platz 12

Demnach belegt Deutschland im Einkommens-Vergleich der 45 Politiker und Bevölkerungen den 12. Platz. Mit einem jährlichen Gehalt von rund 333.500 Euro verdient die Deutsche Bundeskanzlerin das 7-Fache des deutschen Durchschnittsbürgers. Das Einkommen pro Kopf liegt hierzulande im Schnitt bei 44.750 Euro. Damit liegt der Gehaltsunterschied in der Bundesrepublik nur knapp über dem internationalen Mittelwert des sechsfachen Gehalts. Ohne Zuschüsse beträgt das reine Salär der Kanzlerin indes 212.400 Euro und ist so nur um ein Fünffaches höher.

### Große Gehaltsschere in Südafrika und Singapur

Auf dem ersten Platz der Untersuchung befindet sich Südafrika mit seinem Präsidenten Cyril Ramaphosa.

Während der durchschnittliche Einwohner Südafrikas rund 11.330 Euro pro Jahr verdient, bezieht das seit diesem Jahr amtierende Staatsoberhaupt mit jährlich ca. 212.260 Euro das 19-Fache. Im zweitplatzierten Singapur ist der Unterschied ähnlich stark. Premierminister Lee Hsien Long erhält mit einem Jahresgehalt von 1,38 Millionen Euro 18-mal mehr als die Einwohner mit ihren 78.400 Euro.

### Indien, Russland und Australien auf Rang drei

Den dritten Platz der Untersuchung teilen sich Indien, Russland und Australien. In den Nationen beträgt das Salär der Volksvertreter Ram Nath Kovind (70.100 Euro), Wladimir Putin (244.200 Euro) und Scott Morrison (455.700 Euro) das jeweils 11-Fache des Einkommens der Bevölkerung. Dahinter folgt Honduras. Hier verdient Präsident Hernández mit umgerechnet 37.100 Euro neunmal mehr als der Durchschnittsbürger (4.000 Euro).



Vladimir Putin, © Wikimedia

### China und Vietnam auf Augenhöhe mit der Bevölkerung

Den letzten Platz der Untersuchung belegen China und Vietnam – in beiden Nationen beziehen die Abgeordneten den Berechnungen zufolge beinahe gleich viel wie die Bevölkerung. Während Chinas Staatspräsident Xi Jinping ca. 17.100 Euro verdient, er-



Lee Hsien Loong, © www.time.com

wirtschaftet der durchschnittliche Berufstätige in China 14.500 Euro. In Vietnam erhält Premierminister Nguyễn Xuân Phúc rund 7.500 Euro pro Jahr, die Bevölkerung ca. 5.600 Euro.



Scott Morrison, © Wikimedia

### Jahresgehälter im Vergleich

Im Vergleich der Jahresgehälter führt Singapurs Premier das Ranking mit 1,38 Millionen Euro an. Der zweitplatzierte Australier Scott Morrison verdient mit 455.700 Euro hingegen zwei Drittel weniger. Auf dem dritten Platz liegt der Bundespräsident der Schweiz, Alain Berset, der jährlich rund 391.400 Euro verdient. Deutschland belegt in diesem Ranking als erste EU-Nation den siebten Platz.

Quelle: Adzuna ([www.adzuna.de](http://www.adzuna.de)) ■

## **Wir waren auf der 31. FERI Tagung mit ausführlichen Vorträgen und Prognosen zur Konjunktur in der Welt, im Euroraum und in Deutschland. Wir dürfen Ihnen nun folgende zwei von insgesamt 7 Thesen aus dem Hause FERI für das nächste Jahr zur Kenntnis bringen.**

### **THESE 1 – WELTWIRTSCHAFT: DAS BESTE LIEGT HINTER UNS**

*Der Höhepunkt des globalen Aufschwungs liegt hinter uns. Die weltweite Wachstumsdynamik nimmt ab. Der Beginn einer neuen Rezession steht nicht unmittelbar bevor, könnte aber zum Ende des Jahres 2019 eintreten.*

Weltweit signalisieren die Stimmungsindikatoren sowohl auf der Unternehmensseite als auch unter den Konsumenten eine gestiegene Verunsicherung. Diese lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen: Die nachlassende Stützung der realwirtschaftlichen Entwicklung durch die Geldpolitik praktisch aller großen Notenbanken, die Beeinträchtigung des Welthandels durch protektionistische Tendenzen, die Zunahme geopolitischer Risiken insbesondere im Nahen Osten, die von populistischen Regierungen ausgehenden Unsicherheiten, die insgesamt weiterhin hohe private und staatliche Verschuldung und anhaltende Ungleichgewichte innerhalb einzelner Länder gehören dazu. Alle wesentlichen Regionen umfassende weltwirtschaftliche Aufschwung zum Beginn des Jahres 2018 seinen Höhepunkt erreicht

Insgesamt entspricht die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft auch im Jahr 2019 noch immer in etwa dem Potenzialwachstum. Der Beginn einer neuen Rezession steht nicht unmittelbar bevor. Wir rechnen aber damit, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession im Laufe des Jahres 2019 signifikant zunimmt und erwarten, dass die USA zum Auslöser rezessiver Entwicklungen werden (Weitere Informationen finden Sie unter FERI Trust GmbH: 31. FERI Tagung/siehe These 4).

### **THESE 6 – EURORAUM: INNERE ZERRISSENHEIT IN EINEM SCHWIERIGEN UMFELD**

*Das Wirtschaftswachstum im Euroraum schwächt sich ab, bleibt aber dank einer robusten Binnennachfrage*

*leicht oberhalb des Potenzialwachstums. Die EZB beendet die Käufe von Wertpapieren planmäßig im Dezember 2018 und nimmt im Herbst 2019 eine erste Zinsanhebung vor. Italien bleibt wirtschaftlich und politisch der entscheidende Schwachpunkt, von dem erhebliche Risiken für den Zusammenhalt des Euroraums ausgehen.*

Die wirtschaftliche Dynamik im Euroraum wird vom ungünstigen außenwirtschaftlichen Umfeld belastet. Die Binnenkonjunktur ist angesichts einer weiter sinkenden Arbeitslosigkeit und einer nicht-restriktiven Fiskalpolitik in fast allen Ländern weiterhin robust. Im Ergebnis schwächt sich die Wachstumsdynamik im Euroraum ab, bleibt aber mit etwa 1,7% auch im Jahr 2019 noch leicht höher als das Potenzialwachstum.

Die Kerninflation im Euroraum wird moderat steigen, auf absehbare Zeit aber unterhalb der von der EZB angestrebten 2%-Marke bleiben. Die EZB beendet planmäßig das laufende Q.E.-Programm Ende des Jahres 2018, wird aber weiterhin als Käufer von Wertpapieren am Markt auftreten, um auslaufende Papiere zu ersetzen und die Bilanz stabil zu halten. Eine erste Anhebung der Einlagenzinsen von derzeit -0,4% und des Leitzinses von derzeit Null erwarten wir in der zweiten Hälfte des Jahres 2019. Die Geldpolitik der EZB bleibt expansiv ausgerichtet. Sie trägt damit insbesondere der schwachen wirtschaftlichen Erholung Italiens Rechnung und ist außerdem bestrebt, eine zu große Belastung der Staatshaushalte durch steigende Zinsen zu vermeiden. Die weiter steigende Diskrepanz zwischen der Geldpolitik der EZB und der Fed schwächt tendenziell den Euro weiter.

Innerhalb des Währungsraums bleibt Italien der entscheidende Schwachpunkt: Die Wirtschaftsleistung liegt noch immer unterhalb des Niveaus von 2008, und hinsichtlich fast sämtlicher Indikatoren ist die laufende Erho-

lung in Italien schwächer ausgeprägt als in den anderen großen Euroraum Ländern. Auf der politischen Ebene nehmen die Spannungen zwischen der populistischen italienischen Regierung und der EU-Kommission bzw. den Regierungen anderer Länder zu. Angesichts der bevorstehenden Europawahlen gehen wir im Basisszenario davon aus, dass eine große Eskalation dieser Spannungen hin zu einer neuen europäischen Schuldenkrise vorerst vermieden werden kann. Wiederkehrende Erschütterungen an den Rentenmärkten infolge einer andauernden Verunsicherung der Investoren sind aber wahrscheinlich, und eine neue Schuldenkrise bleibt ein denkbare Risikoszenario.

Ein derzeit unkalkulierbares Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum stellt ein möglicher ungeordneter Brexit dar. Zwar wären die negativen Auswirkungen in Großbritannien ungleich größer als im Euroraum selbst, jedoch wären letztere wegen der engen Handelsbeziehungen ebenfalls spürbar. Betroffen wären vor allem Irland und Deutschland und dort wiederum in starkem Maße die Automobilindustrie. Im Basisszenario gehen wir davon aus, dass ein No-Deal-Brexit vermieden werden kann, entweder durch eine Einigung in letzter Minute oder durch eine Verlängerung der Verhandlungsfrist und eine Verschiebung des Termins für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU.

*Ein Genuss, den hochrangigen Referenten aus dem Hause FERI und deren Gästen zu zuhören. Aber es kann immer nur eine Anregung zum Denken sein. Jeder muss seine eigenen Entscheidungen treffen.*

#### Weitere Informationen:

FERI Trust GmbH  
Haus am Park  
Rathausplatz 8-10  
61348 Bad Homburg



## Was kommt nach den Midterms?



Die Ergebnisse der US-Zwischenwahlen lassen sich kaum als „blaue Welle“ bezeichnen (Blau ist die traditionelle Farbe der Demokratischen Partei). Zwar hat das demokratische Lager erwartungsgemäß die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückerobert, aber im Senat haben die Republikaner die Kontrolle behalten und sogar noch zwei Sitze hinzugewonnen. Durch dieses Ergebnis wird das Machtgleichgewicht in den USA leicht verändert, mit mehr oder weniger direkten Auswirkungen auf die Märkte.

Im Wahlkampf für die Midterms hatte Donald Trump weitere Steuersenkungen angekündigt. Dieses Ansinnen wird nun durch die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus im Keim erstickt. Die Pläne wären aber wohl auch im republikanischen Lager auf Widerstand gestoßen. Denn eine solche Maßnahme hätte den Inflationsdruck erhöht und höhere Zinssätze gerechtfertigt. Dies hätte sich vor allem auf die Aktien- und Anleihemärkte negativ ausgewirkt. Überdies wird das Weiße Haus nun wohl verstärkt Kompromisse bei den Staatsausgaben eingehen müssen. Dies dürfte die Sorgen um das prognostizierte Haushaltsdefizit lindern und somit einen zu hohen Druck auf die langfristigen Zinssätze vermeiden.

Ein umfangreiches Programm für Infrastrukturausgaben war ein Kernpunkt von Trumps Wahlkampagne, und der US-Präsident scheint nicht darauf verzichten zu wollen. Die Demokraten geben sich bei diesem Thema sehr aufgeschlossen, und sofern die Ausgestaltung dieses Programms keinen ausufernden Haushalt nach sich zieht, scheint ein Kompromiss möglich. Wir könnten demnach einen Schub für die Investitionen erleben,

der insbesondere die Sektoren Bauwesen und Ausrüstungsgüter fördern würde. In erster Linie käme dies US-Unternehmen zugute, aber auch europäische Unternehmen könnten hiervon profitieren.

Beim Thema Diplomatie geht es vor allem um die Beziehungen zu China. Bisher konnte Donald Trump die neuen Zölle mithilfe eines Dekrets zur Verteidigung der Interessen der Vereinigten Staaten verhängen, mit dem er die Zustimmung des Kongresses umgehen konnte. Die Demokraten könnten nun ein Gesetz auf den Weg bringen, das dieses Dekret ungültig macht, und könnten hierbei auf einige Gegenliebe im republikanischen Lager zählen. Denn manche Abgeordnete der Grand Old Party sind für die Klagen von Unternehmen empfänglich, die sich um die Spannungen im Zuge des Handelskrieges sorgen. Dies ist aktuell aber nur eine Hypothese. Überdies könnte Donald Trump nun nach der letztlich moderaten Niederlage bei den Midterms die Wahlkampfretorik beiseitelassen und sich darauf fokussieren, mit China ein Abkommen zu erzielen.

Für alle, die sich für Zahlen begeistern, gibt es zudem noch schöne Statistiken über die Märkte nach den Midterms: Seit dem Jahr 1950 legte der S&P 500 Index in den Jahren, in denen Zwischenwahlen stattfanden, von seinem Tief im Oktober bis zum Jahresende durchschnittlich um 10,7 Prozent zu. Bis heute legte er seit seinem Tief vom 29. Oktober bereits um 6 Prozent zu. Gibt es also noch Potenzial für eine Kursrallye zum Jahresende?

*Quelle: Olivier de Berranger, Chief Investment Officer und Enguerrand Artaz, Fondsmanager La Financière de L'Echiquier* ■

### IMPRESSUM

#### **Herausgeber:**

Stiftung Finanzbildung gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

#### **Verlag/Anzeigenvertrieb:**

epk media GmbH & Co. KG  
Altstadt 296, 84028 Landshut  
Tel.: +49 (0)871 43 06 33-0  
Fax: +49 (0)871 43 06 33-11  
E-Mail: sekretariat@epk24.de

#### **Redaktion:**

Edmund Pelikan (ep) verantwortlich, Nicolette Oeltges (no), Evi Hoffmann (eh), Tanja Christl (tc),

#### **Autoren und Interviewpartner dieser Ausgabe:**

Monika Müller

#### **Grafik, Layout:**

Inge Wantscher

#### **Erscheinungsweise:**

alle 2 Monate

#### **Verlagsveröffentlichung:**

6. Ausgabe

#### **Foto-Quellen:**

www.shutterstock.com, Wikimedia  
www.pixelio.de, www.pixabay.de

#### **Nachdruck und Veröffentlichung nur mit Genehmigung des Herausgebers erlaubt.**

#### **Beiträge und Autoren**

In den mit Autorennamen gekennzeichneten Beiträgen wird die Meinung der Autoren wiedergegeben. Diese muss nicht unbedingt mit der des Herausgebers übereinstimmen.

#### **Risikohinweise / Disclaimer**

Die Redaktion bezieht Informationen aus Quellen, die sie als vertrauenswürdig erachtet. Eine Gewähr hinsichtlich Qualität und Wahrheitsgehalt dieser Informationen besteht jedoch nicht. Indirekte sowie direkte Regressansprüche und Gewährleistung wird für jegliche Inhalte kategorisch ausgeschlossen. Leser, die aufgrund der in diesem Report veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen, handeln auf eigene Gefahr, die hier veröffentlichten oder anderweitig damit im Zusammenhang stehenden Informationen begründen keinerlei Haftungsobliegenheit. Ausdrücklich weisen wir auf die erheblichen Risiken hoher Wertverluste hin. Dieser BeteiligungsReport darf keinesfalls als Beratung aufgefasst werden, auch nicht stillschweigend, da wir mittels veröffentlichter Inhalte lediglich unsere subjektive Meinung reflektieren.

Für alle Hyperlinks gilt: Die epk media GmbH & Co. KG erklärt ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten zu haben. Daher distanziert sich die epk media GmbH & Co. KG von den Inhalten aller verlinkten Seiten und macht sich deren Inhalte ausdrücklich nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle in den Seiten vorhandenen Hyperlinks, ob angezeigt oder verborgen, und für alle Inhalte der Seiten, zu denen diese Hyperlinks führen.

Alle nicht mit dem Zusatz „(red.)“ - Redaktion - gekennzeichneten Beiträge sind Auftragspublikationen und damit Anzeigen.

## Risikoprofilung mit Anlegern – Der Blick auf den Kapitalmarkt durch die Brille des Kunden



Ein erfolgreicher Unternehmer stellt sich täglich die Frage: Wie treffe ich den Bedarf meines Kunden? Mit einem maßgeschneiderten Risikoprofil kommen Finanzberater dem persönlichen Bedarf ihres Kunden einen großen Schritt näher. Die besondere Herausforderung: das Vorgehen muss in allen Marktphasen funktionieren.

Noch haben viele Menschen in Deutschland eine Vermögenstruktur, die unter genauer Betrachtung ihre Bedürfnisse und Ziele nicht erfüllt. Viele Portfolios entsprechen mehr dem Risikoprofil und den Vorlieben des Beraters, als dem Profil des Kunden. Tritt das Risiko ein, kommt es zu negativen Überraschungen, und die Beziehung zum Dienstleister wird brüchig. Auch vermögende Kunden, die für einen Teil ihres Vermögens ihr Portfolio selbst zusammenstellen, haben blinde Flecken und schätzen das Risiko tendenziell falsch ein. Die Folgen: Sie bleiben immer auf dem Sprung, sind nie ganz zufrieden oder überschätzen ihren Erfolg maßlos, bis der Markt sie eines Besseren belehrt.

### **Ein maßgeschneidertes Risikoprofil bringt Klarheit**

Risikoprofilung ist ein interaktiver Prozess und berücksichtigt diese vier Komponenten (siehe Abbildung

oben):

- Die finanzielle Risikobereitschaft (Wie viel Risiko ist der Kunde bereit einzugehen?)
- Die Risikowahrnehmung (Wie nimmt der Kunde das Risiko seiner Anlage wahr?)
- Die Risikokapazität (Wie viel Risiko kann der Kunde eingehen?)
- Das benötigte Risiko (Wie viel Risiko sollte der Kunde für seine Ziele eingehen?)

### **Der entscheidende Unterschied: Risikobereitschaft ist stabil – Risikowahrnehmung schwankt**

Risikoprofilung mit Anlegern unterscheidet zwischen der Risikobereitschaft und der Risikowahrnehmung. Warum? Wie eine Studie von FinaMetrica, einem australischen Anbieter zum Profiling der finanziellen Risikobereitschaft zeigt, ist die Risikobereitschaft des durchschnittlichen Anlegers über lange Zeiträume und in unterschiedlichen Marktphasen relativ stabil (siehe Abbildung 2). Sie bildet die optimale Basis für langfristige Finanzentscheidungen. Die Wahrnehmung dagegen ist teilweise durch Vorurteile verzerrt oder auch durch aktuelle Ereignisse leicht beeinflussbar. Wird im Beratungsprozess zwischen diesen beiden Komponenten unterschieden, kommt es nicht mehr zu emotionalen oder marktgetriebe-

nen, sondern zu persönlich notwendigen Anpassungen im Portfolio. Diese Unterscheidung ist der erste wichtige Schritt beim Risikoprofilung.

### **Ein Fragebogen als Übersetzungshilfe für Berater und Kunde**

Der Kunde kennt seine Risikobereitschaft am besten. Ihm fehlen nur die Worte, die seine Einstellung am besten beschreiben. Dafür hat die Forschung Lösungen entwickelt: Als eigenständiges Persönlichkeitsmerkmal wird die finanzielle Risikobereitschaft mit einem psychometrischen Fragebogen objektiv, zuverlässig und zutreffend erfasst.

### **Der Blick auf den Kapitalmarkt durch die Brille des Kunden**

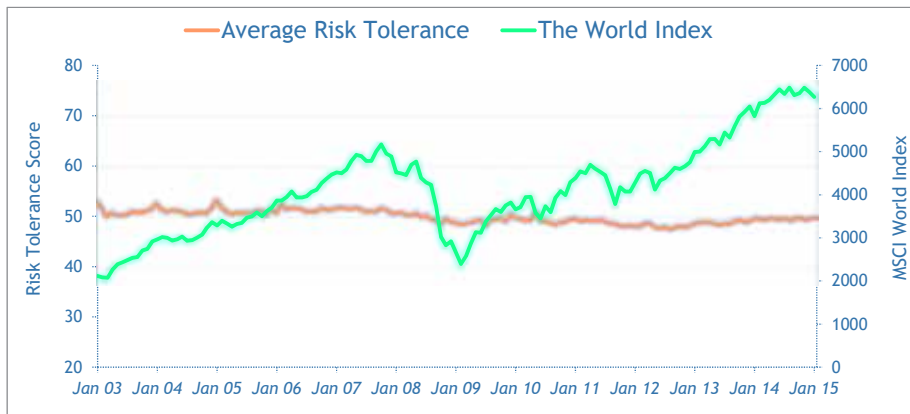
Mit der Messung und Besprechung der Risikobereitschaft fängt das Profiling an. Anschließend spiegelt der Berater dem Kunden die Wirkung seiner Erwartungen im Kontext des Kapitalmarkts. Er zeigt ihm dabei Zusammenhänge auf, die der Kunde selbst oft noch nicht gesehen hat. Dieser „Blick auf den Kapitalmarkt durch die Brille des Kunden“ ist eine bedeutende Komponente für die Entscheidung.

Denn für den Kunden stellt sich die Frage: Was bedeutet es unter Berücksichtigung meiner Risikobereitschaft zu investieren? Nimmt man dem Kunden die Beantwortung dieser Frage ab, entsteht oft kein ausreichender Bezug zur Lösung. Ihm fehlt ein ent-

### **Risikoprofilung mit Anlegern - der Wettbewerbsvorteil in einem hoch kompetitiven Umfeld**

- 1) Berater erhalten hoch relevante Informationen über den Kunden
- 2) Kunden behalten ausreichend Kontrolle, verstehen die Lösung und entscheiden leichter
- 3) Kunden sind offener, aktiver und übernehmen Verantwortung
- 4) Kunden erzählen anderen davon, wie sie gute Finanzentscheidungen treffen, und warum sie ihren Berater dabei als Unterstützung erleben

Abbildung 2, Quelle: Studie FinaMetrica



scheidendes Teilchen im Puzzle. Hat der Kunde die Möglichkeit, anhand seiner ganz persönlichen Antworten eine „Probefahrt“ am Kapitalmarkt zu machen, kann er selbst die Kriterien (Risiko- und Ertragsprofil) für die bestmögliche Lösung festlegen. Dazu braucht der Anleger verständliche, kundengerechte Beratungsmaterialien, die produkt- und beraterunabhängig sind.

### **Orientierung und Impulse für bestmögliche Entscheidungen des Kunden**

Die Risikobereitschaft gibt dem Anle-

ger in jeder Situation Orientierung. Einmal erfasst, in Verbindung mit seiner Risikokapazität und dem benötigten Risiko gesetzt, kann er sich bewusst für den besten Kompromiss entscheiden.

Geht er so viel Risiko ein wie es seiner Bereitschaft entspricht und hält aus, dass er damit vielleicht sein Ziel nicht ganz erreicht? Oder er geht mehr Risiko ein als es seiner Bereitschaft entspricht, erreicht damit mit großer Wahrscheinlichkeit sein Ziel, muss aber auf dem Weg dort-

hin Schwankungen aushalten, die ihn vorübergehend aus seiner Komfortzone bringen.

Das Profiling durch den Berater ist nun komplett - ein wichtiges Ziel ist erreicht: Der Kunde steht zu seiner Entscheidung und kann die Früchte seines Einsatzes ernten.

Autor: Monika Müller ■

Monika Müller ist Diplom-Psychologin und vom ICF, dem weltweit größten Coachingverband, seit 2002 als Master Certified Coach zertifiziert.

Als Gründerin von FCM Finanz Coaching und FCM Finanz Service GmbH ist sie spezialisiert auf psychologische Aspekte zum Umgang mit Geld und Risiko bei Finanzscheidungen und Finanzberatung. FCM bietet Banken, Vermögensverwaltern und Finanzdienstleistern maßgeschneiderte Vorträge, Workshops und Coachingprozesse zur Optimierung von Finanzentscheidungen und Finanzberatung sowie die erste Coachingsausbildung speziell für Finanzdienstleister zum FCM Finanz Coach®.

Anzeige

## beteiligungsreport®

FACHMAGAZIN FÜR SACHWERTANLAGEN

Ausgabe 4-2018

Als PDF



beteiligungsreport.de



Als E-Magazin



issuu.com/beteiligungsreport



Als App



iTunes > epk Kiosk



Als gedruckte Version im Abo erhältlich.

epk media GmbH & Co. KG

Altstadt 296 • 84028 Landshut • info@epk24.de • www.epk24.de

oder direkt über unser Newsportal [www.beteiligungsreport.de](http://www.beteiligungsreport.de)



## Wirtschaftswissenschaftler fordert die Einrichtung einer Weltsteuerbehörde zur Bekämpfung von Ungleichheiten

In einem neuen Buch argumentiert Photis Lysandrou, Professor für Global Political Economy an der City, University of London, dass ein mächtiges internationales Gremium unerlässlich erscheine, da das derzeitige Finanzsystem auf eine stärkere Konzentration des Vermögens und weitere Finanzkrisen ausgerichtet sei.

Laut Commodity: The Global Commodity System in the 21st Century sollte die neue Behörde befugt sein, nationale Steuersysteme zu koordinieren und eine Steuer auf den Weltvermögenwert einzuführen, die sich an vermögende Privatpersonen richtet, insbesondere an solche mit einem Nettovermögen von 30 Millionen US-Dollar und mehr.

Professor Lysandrou behauptet, dass das Gremium große Geldbeträge, die durch Steuerumgehung verloren gehen, wieder hereinholen könnte, und dass die Regierungen dieses Geld dann in Projekte und Dienstleistungen investieren könnten, die sich positiv auf Arbeitsplätze und Löhne auswirken. Er sagt: „Die Statistiken über die globale Ungleichheit sind erschreckend. Alle Beweise, die ich gesehen habe, deuten unaufhaltsam auf die Notwendigkeit einer Weltsteuerbehörde hin. Dies wäre ein supranationales Gremium, das sich aus Steuerexperten zusammensetzt, die von den nationalen Regierungen der Welt ernannt werden und mit der Autorität im Bereich der Besteuerung ausgestattet sind.“

Commodity betrachtet die Weltfinanzkrise aus einer neuen Perspektive, die das internationale Warensystem als eine neu funktionierende Gesamtheit wahrnimmt, die sowohl staatliche als auch private Einrichtungen, sowie finanzielle Sicherheiten und materielle Güter und Dienstleistungen umfasst.

Das Buch erklärt, dass die durch dieses System verursachte Vermögensungleichheit zu wiederholten Finanzkrisen führen würde, es sei denn, es werden neue internationale Institutionen zur Kontrolle geschaffen - eine globale Steuerbehörde wäre die erste dieser Einrichtungen.

Die von Professor Lysandrou angeführten Daten zeigen, dass in den Jahren nach der Finanzkrise (zwischen 2007 und 2015) das von vermögenden Privatpersonen angesammelte Gesamtvermögen pro Jahr von etwa 41 Billionen Dollar auf fast 59 Billionen Dollar gestiegen ist.

Er weist darauf hin, dass 34 Prozent der im Jahr 2015 angesammelten 59 Billionen Dollar unter lediglich 145.000 Menschen verteilt sind.

Professor Lysandrou sagte: „Da die Gesellschaft noch lange nicht bereit ist, auf ein anderes Organisationsprinzip umzusteigen, besteht der einzige Weg, Finanzkrisen in der Größenordnung der letzten zu vermeiden, darin, dem globalen Warensystem zu ermöglichen, weiterhin als vollständige Gesamtheit zu funktionieren und gleichzeitig seine negativen Auswirkungen zu kontrollieren.“

Eine Weltsteuerbehörde würde nur einen kleinen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisten, aber sie wäre eine erste Initiative, die zur Schaffung anderer führen könnte. Gemeinsam könnten sie die derzeitigen Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die inzwischen obszöne Ausmaße angenommen haben, beseitigen.“

Professor Lysandrou vom Forschungszentrum für Political Economy der City University of London erklärt, dass seine Vorschläge weiter gehen als ähnliche Ideen des Ökonomen Thomas Piketty. Der Wissenschaftler behauptet, dass Piketty die Vermögenskonzentration nicht als die Hauptursache der Finanzkrise 2008 priorisiert und daher nur ein moralisches Argument für eine globale Vermögenssteuer liefern kann. In seinem neuen Buch bringt Professor Lysandrou ein wirtschaftliches Argument für die Steuer vor, indem er zeigt, dass die Superreichen weltweit eine Schlüsselrolle in der Krise gespielt haben.

Quelle: City, University of London (Pressemitteilung vom 20.11.2018) ■

## Investoren flüchten aus Großbritannien wie die Minister aus dem Kabinett



Das Vertrauen der Investoren in britische Vermögenswerte schwindet aktuell genauso schnell wie sich Minister aus der Regierung von Premierministerin Theresa May verabschieden. Das Pfund verliert stark an Wert, die Renditen fallen und die Spreads auf britische Banken und Unternehmen werden immer größer. Nachdem zwei weitere Minister als Reaktion auf den Entwurf eines Abkommens zwischen den britischen und den EU-Verhandlungspartnern zurückgetreten sind, preist der Markt nun eine größere Wahrscheinlichkeit eines „No Deal“-Brexit ein. Zwar ist der Brexit in erster Linie ein Problem für das Vereinigte Königreich und in geringerem Maße auch für das übrige Europa, aber die politische Unruhe in Großbritannien bestärkt allgemein eine breitere Furcht über die weiteren globalen Wachstumsaussichten.

Würde Großbritannien ohne Abkommen und ohne Übergangsfristen aus der EU ausscheiden, könnte sich das Pfund in Richtung einer Parität zum Euro bewegen. Dadurch würde die Bank of England dazu gezwungen, ihren Anspruch auf eine künftige Zinserhöhung aufzugeben, was wiederum zu einer Neubewertung der wachstumssensiblen britischen Aktien und Unternehmensanleihen führen würde.

Meiner Meinung nach sind ein zweites Referendum oder Neuwahlen aber weitaus wahrscheinlicher als ein „No Deal“. Es ist aber genauso wahrscheinlich, dass Premierministerin Theresa May die Zustimmung des Parlaments für ihren Deal erringt. Es wird also eine Achterbahnfahrt für das Pfund Sterling, die ziemlich schiefgehen könnte.

Quelle: David Riley, Chief Investment Strategist, BlueBay Asset Management ■